

an	NF	HP	LT							a/a
Datum	27.10									
Visa	1/									
EDA - DIO								27 OCT. 1992		
Ref.								o. 7/3-80		

POLITISCHES SEKRETARIAT  
FINANZ- UND WIRTSCHAFTSDIENST

p.B.58.71.CEI. - THU/BMO  
s.C.41.R.100.O - KO/EMM

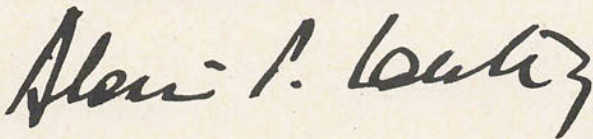
Bern, 26. Oktober 1992

### Die GUS - kurz vor ihrem ersten Jahr

Die Gemeinschaft unabhängiger Staaten wurde im Dezember letzten Jahres in zwei Phasen geschaffen, nachdem die Verhandlungen über den Unionsvertrag am Widerstand der Ukraine zu scheitern drohten. Die Motive und Ziele der Mitgliedstaaten waren von Anfang an verschieden oder gegensätzlich. Die in der Folge verabschiedeten Absichtserklärungen und Abkommen waren deshalb nicht bindend oder wurden nur selten von allen Mitgliedstaaten unterzeichnet. Noch heute besteht keine eigentliche Charta, welche die Rechte und Verpflichtungen der GUS-Staaten festhält. Das Parlament Aserbaidshans hat das GUS-Abkommen von Alma-Ata nicht ratifiziert, womit die Gemeinschaft vorerst noch aus zehn Mitgliedstaaten besteht. Die Ratifikation durch das moldawische Parlament steht noch aus. Wie bis anhin wird die GUS als Institution auch in Zukunft kaum eine Rolle spielen. Die Tendenz, dass die wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Fragen je länger desto mehr bilateral geregelt werden, ist kaum zu übersehen.

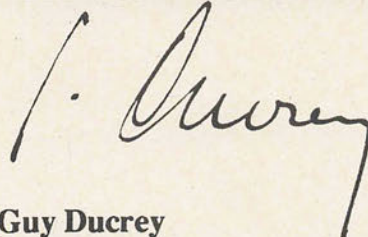
In der Beilage erhalten Sie eine Zusammenfassung der politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen und Problembereiche.

DER CHEF  
DES FINANZ- UND  
WIRTSCHAFTSDIENSTS



Alexis Lautenberg

DER CHEF DES  
POLITISCHEN SEKRETARIATS



Guy Ducrey



## Die GUS- kurz vor ihrem ersten Jahr

### 1. INSTITUTIONELLE UND POLITISCHE ENTWICKLUNGEN

#### 1.1. Die Mitglieder

Das Abkommen von Minsk wurde am 8.12.1991 von B. El'cin, L. Kravčuk und S. Šuskevič, (den Präsidenten Russlands, der Ukraine und Weissrusslands) unterzeichnet, was bei den Vertretern Zentralasiens - v.a. Kasachstans und Kirgisiens - beträchtliche Verunsicherung ausgelöst hatte. Die wirtschaftliche Verflechtung mit dem Rest der ehemaligen Sowjetunion und der grosse Anteil v.a. russischer Minoritäten in Zentralasien machte die Erweiterung der slawischen Dreiergemeinschaft auch aus der Sicht von Minsk, Moskau und Kiev notwendig, weshalb es schliesslich am 21. Dezember 1991 zur Bildung der eigentlichen GUS mit elf Mitgliedstaaten kam (Abkommen von Alma-Ata). Knapp ein Jahr später bestehen grundsätzlich **zwei Gruppen von Mitgliedstaaten**.

#### I) **Russland, Weissrussland, Kasachstan, Usbekistan, Kirgisien, Tadschikistan und Armenien**

Bis auf Armenien handelt es sich dabei um Staaten, die vor der Auflösung der UdSSR bereit waren, den von Gorbačëv vorgelegten Unionsvertrag zu unterzeichnen. Heute sind sie weitgehend mit einer engeren Zusammenarbeit unter den Nachfolgestaaten der Sowjetunion einverstanden. Gemäss den Aussagen des russischen Präsidenten vor dem Obersten Sowjet (6. Oktober 1992) geht es **Russland** zwar nicht um die Schaffung einer neuen "Union", doch gehört die russische Föderation zusammen mit **Kasachstan** zweifellos zu den Verfechtern einer möglichst weitgehenden Integration der Nachfolgestaaten der UdSSR. **Armenien** hat sich zwar mit der Unterzeichnung des am GUS-Gipfel von Taschkent (Mai 92) verabschiedeten Sicherheitspakts<sup>1</sup> einen taktischen Vorteil gegenüber Aserbaidshan verschafft, doch bleibt das Engagement Erewans in der GUS innenpolitisch umstritten. In der Zwischenzeit hat die regierende Armenische Allnationale Bewegung die Mehrheit im Parlament verloren und beträchtlich an Popularität eingebüsst. Es bleibt abzuwarten, ob es der Opposition gelingen wird, den Sturz des Präsidenten L. Ter-Petrosjan und den Austritt aus der GUS durchzusetzen. **Usbekistan** war erst nach dem Treffen der zentralasiatischen Staaten in Bischkek (22./23. April 1992) und den Auseinandersetzungen in den Nachbarstaaten Tadschikistan und Afghanistan zu einer politischen (und nicht nur wirtschaftlichen) Zusammenarbeit in der GUS bereit.

#### II) **Ukraine, Moldawien und Turkmenistan**

Diese Staaten haben die "wichtigeren" GUS-Abkommen und Erklärungen **nicht** unterzeichnet. Dazu gehören die Abkommen über gemeinsame Streitkräfte, der

---

<sup>1</sup>Ausser Weissrussland, das "...aus Gründen der Neutralität..." den kollektiven Sicherheitspakt nicht unterschreiben will, decken sich die Unterzeichner des Pakts mit den Staaten dieser Gruppe I.

Pakt über die kollektive Sicherheit und den Beschluss über die Bildung eines "GUS-Parlaments" mit Sitz in St. Petersburg. **Moldawien und die Ukraine** verstanden ihre Mitgliedschaft von Beginn weg als ein Mittel zur Entflechtung bestehender Bindungen und nicht als Ausdruck des Wunschs, mit den Nachfolgestaaten der Sowjetunion eine neue politische und wirtschaftliche Einheit zu bilden. Beide gaben schon vor der Gründung der GUS ihre Absicht bekannt, eine eigene Armee aufzubauen, was Russland schliesslich zwang nachzuziehen. Die Hoffnung Alma-Atas und Moskaus, gemeinsame strategische **und** konventionelle Streitkräfte zu bilden, war deshalb von Anfang an unrealistisch.

Die Volksfront **Aserbaidshans**, die aus den Parlamentswahlen vom letzten Mai als Sieger hervorging, gab bereits vor den Wahlen ihre Absicht bekannt, das Abkommen von Alma-Ata nicht zu ratifizieren. Präsident A. Elçibey meinte in diesem Zusammenhang, dass bilaterale Abkommen mit den Nachfolgestaaten der UdSSR vollauf genügen. **Georgien** hat es bis auf weiteres abgelehnt, in die GUS einzutreten; Ševardnadse schliesst allerdings eine wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht aus und entsandte im Gegensatz zu den baltischen Staaten an die meisten Gipfeltreffen eine Beobachterdelegation.

## 1.2. Die Gipfeltreffen

Zu Beginn dieses Jahres trafen sich die Staatshäupter der GUS-Staaten ungefähr einmal pro Monat. Die dabei unterzeichneten Abkommen, Erklärungen und Protokolle wurden als Beweis für die Bedeutung und den Erfolg der Gemeinschaft gewertet, auch wenn sehr bald Zweifel an der Effizienz der Zusammenarbeit und der Durchsetzung der dabei getroffenen Entscheide entstanden. Tatsächlich handelte es sich bei den Uebereinkommen **meist um Absichtserklärungen ohne bindende Verpflichtungen**. Die Mehrzahl der Abkommen wurde nicht von allen GUS-Mitgliedern unterzeichnet. Kein bis anhin verabschiedetes Abkommen sieht Massnahmen für den Fall vor, dass die darin vereinbarten Verpflichtungen nicht eingehalten werden, und in keinem Fall hat die Zusammenarbeit zu einem verbindlichen Uebereinkommen geführt, das eines der "heissen Themen" regeln würde. N. Nazarbaev war nach dem Treffen in Kiev derart enttäuscht, dass er einen zentralasiatischen Gipfel in Bischkek organisierte (22./23. April 1992). Obwohl er dabei unterstrich, dass es nicht um die Gründung einer eigenen GUS gehe, räumte er ein, dass "das Leben ihnen auch einen anderen Kurs diktieren könne", wenn sich die Zusammenarbeit in der GUS nicht verbessern sollte. Gemäss Nazarbaev sollte die Ukraine aus der GUS austreten, wenn sich Kiev mit ihr nicht anfreunden könne.<sup>2</sup>

An den Treffen von Moskau (6. Juli) und Taschkent (15. Juli) verbesserte sich dieser Eindruck nur teilweise. Moskau bereitete ein Protokoll über den temporären Einsatz

---

<sup>2</sup>An der diesjährigen UN-Generalversammlung schlug Nazarbaev die Schaffung einer mit der KSZE vergleichbaren **Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Mittelasien** vor. Sein Pressedienst veröffentlichte am 2. Oktober in Alma-Ata ein Communiqué, wonach sich die Präsidenten Kasachstans, Kirgisiens, Turkmenistans, Usbekistans, Pakistans, Irans und der Türkei (allenfalls auch Chinas und Russlands) Ende Oktober / Anfang November in Alma-Ata treffen würden, um über diese Idee zu diskutieren.

von Militärbeobachtern und gemeinsamen Peacekeeping-Truppen vor, das schliesslich von der Mehrheit der Mitgliedstaaten auch unterzeichnet wurde.<sup>3</sup> Doch scheiterten die anderen Vorlagen - die Bildung eines **GUS-Wirtschaftsschiedsgerichts**, das wirtschaftliche Streitfälle der Mitgliedstaaten regeln sollte, sowie die Schaffung eines **Wirtschaftsrats** der GUS-Staaten mit Sitz in Kiev - am Widerstand der Staaten der obenerwähnten Gruppe II. Trotzdem nahm die Ukraine gegenüber den "GUS-Anliegen" wenigstens vorübergehend eine konziliantere Haltung ein, auch wenn der weissrussische Premierminister V. Kebic die Verhandlungen von Moskau und Taschkent aufgrund dieser Diskussionen und der Debatte über die Aufteilung des Eigentums der UdSSR unter ihren Nachfolgestaaten etwas vorschnell als den eigentlichen Durchbruch der GUS bezeichnete.

Dies zeigte sich auch am bilateralen **Gipfeltreffen El'cins und Kravcuks am 23. Juni in Dagomys**, als der ukrainische Präsident seine Bereitschaft erklärte, über die Verfassung einer "**GUS-Charta**" zu verhandeln, welche die legale und strukturelle Basis für die Zusammenarbeit der GUS-Staaten bilden sollte. Ein Entwurf eines derartigen Dokuments wurde am letzten Treffen in Bischkek vorgelegt (9. Oktober 1992), doch zeigte sich, dass die Hoffnungen Nazarbajevs auf eine neue Union mit einer Einheitswährung, einem GUS-Parlament<sup>4</sup>, einem Gerichtshof für Wirtschaftsfragen und einer gemeinsamen Verteidigungspolitik - so stellt er sich den Inhalt der GUS-Charta vor - unbegründet oder zumindest verfrüht waren. Der Entwurf fiel durch und muss nochmals überarbeitet werden.

In der Zwischenzeit finden die Gipfeltreffen etwa alle zwei Monate statt (die nächste Zusammenkunft ist für den 4. Dezember in Minsk vorgesehen) und verlieren im wesentlichen zunehmend an Bedeutung. Trotz den sogenannten Erfolgen der GUS-Zusammenarbeit, wie das von den Innenministern am 3. August verabschiedete Abkommen zur Bekämpfung der Kriminalität, ist die Tendenz, dass die wesentlichen Meinungsverschiedenheiten und die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen je länger desto mehr bilateral geregelt werden, kaum zu übersehen.

### 1.3. Das Verhältnis Kiev-Moskau

Von entscheidender Bedeutung für die Zukunft der GUS wird das belastete Verhältnis von Kiev zu Moskau sein. Am 30. September 1992 erklärte L. Kravcuk vor dem Parlament, dass sich Kiev den zentralistischen Strukturen der GUS nicht unterordnen

<sup>3</sup>Allerdings musste Oberst V. Volkov, ständiger Vertreter der GUS Streitkräfte in der Arbeitsgruppe der Staatschefs der GUS, im Anschluss an den Gipfel von Taschkent mehrere Wochen von einem Mitgliedstaat zum anderen reisen, um deren Vertreter zur Unterschrift des Protokolls zu bewegen. Darüber hinaus erwies sich Theorie und Praxis des Einsatzes von Friedenstruppen im Falle von Moldawien (und Georgien) ziemlich widersprüchlich. Gemäss Aussagen des Vorsitzenden des Gipfels von Bischkek (9.10.1992), L. Ter-Petrosjan, sollen in Kürze Friedenstruppen nach Tadschikistan entsandt werden. Der Vizepräsident Kirgisiens, F. Kulov, leitet zur Zeit eine Erkundungsmission im südlichen Teil Tadschikistans, um den Einsatz zu organisieren. Das Parlament Tadschikistans hat seine Zustimmung zum Einsatz von GUS-Truppen bis anhin noch nicht erteilt.

<sup>4</sup>Die Vertreter von Armenien, Weissrussland, Kasachstan, Kirgisien, Russland und Tadschikistan trafen sich am 15. September zur ersten Sitzung der "**Interparlamentarischen Versammlung**" in St. Petersburg. Zu ihrem Vorsitzenden wählten sie den russischen Parlamentsvorsitzenden R. Chasbulatov.

werde; es gehe für die Ukraine nicht darum, ein neues Völkerrechtssubjekt zu bilden, sondern darum, die Beziehungen zu Russland zu regeln. Tatsächlich kann die neuerdings erreichte Uebereinstimmung El'cins und Kravcuks in einzelnen Wirtschaftsfragen - insbesondere in bezug auf die vorgesehene Einführung der **ukrainischen Währung "Hryvnia"** und den bilateralen Freihandel - nicht über das bestehende Misstrauen zwischen den zwei Staaten hinwegtäuschen. So zeigte sich die Ukraine in Bischkek hart gegenüber den jüngst erhobenen Forderungen Moskaus, die **strategischen Atomwaffen** nicht erst wie festgelegt bis 1994, sondern so schnell wie möglich unter die Kontrolle Russlands zu stellen. Das russische Verteidigungsministerium, das durch die Debatte um die **Schwarzmeerflotte** und durch die Vorstellung, nun im Moskauer Militärdistrikt jene Verteidigungsfrontlinie aufbauen zu müssen, welche vor 1989 noch irgendwo in Mitteleuropa gedacht war, ohnehin ein gespanntes Verhältnis zur Ukraine hat, reagierte auf diese unbeugsame Haltung mit einem gereizten Kommentar.

Bezeichnend für den gegenwärtigen Zustand der GUS ist der Entschluss, das Kommando der Schwarzmeerflotte nicht mehr dem Oberkommando der GUS-Streitkräfte, sondern direkt den beiden Präsidenten zu unterstellen. Obwohl der Kommandant der Flotte, I. Kasatanov, nach den Gesprächen von Jalta (3.8.1992) erklärt hatte, er sei davon überzeugt, dass der Verband auch nach Ablauf der vereinbarten Dreijahresfrist eine Einheit bleiben würde, mehren sich in der Ukraine die Stimmen, welche die Absetzung Kasatanovs und den vollständigen Rückzug aller russischen Soldaten aus der Ukraine fordern.

Ebenfalls bezeichnend ist die Erfahrung, dass bei allen territorialen Streitfällen - insbesondere bei der Auseinandersetzung um die **Halbinsel Krim** - keine wesentlichen Fortschritte im Rahmen der GUS erzielt worden sind. Das Parlament der umstrittenen Halbinsel hat das für den 2. August vorgesehene Referendum über die Unabhängigkeit der Krim auf Druck von Kiev auf unbestimmte Zeit verschoben, doch dürfte die Debatte über die Rechte der mehrheitlich russisch sprechenden Bevölkerung die Beziehungen zwischen den zwei "Grossen" der GUS weiterhin belasten.

Ob es zu einem **Austritt der Ukraine aus der GUS** kommen wird, hängt allerdings weitgehend vom (wachsenden) innenpolitischen Druck auf Kravcuk und von der künftigen Haltung Moskaus ab. Ein Ausscheiden muss ohnehin nicht abrupt erfolgen. Bereits im Vorfeld des Russisch-Ukrainischen Gipfels vom 23. Juni gab El'cins Pressesprecher V. Kostikov bekannt, dass die Ukraine rund 40% aller Abkommen nicht unterzeichnet und weitere 10% nur mit Vorbehalten signiert habe. Eine Fortsetzung dieser Politik würde langsam zum "de facto-Austritt" führen.

**Eine GUS ohne Ukraine** wäre noch bedeutungsloser als heute und in vielen Bereichen auch wenig sinnvoll. Das wachsende Misstrauen, mit dem Moskau die aussenpolitische und aussenwirtschaftliche Aktivität der ukrainischen Regierung mitverfolgt (z.Bsp. das Abkommen über den grenzüberschreitenden Freihandel mit Polen, CSFR und Ungarn, die Teilnahme an der Yaslo 82-Konferenz oder die Schaffung einer ukrainisch-azerisch-iranischen Gesellschaft zur Sicherstellung der Energieversorgung), ist deshalb kaum erstaunlich.

#### 1.4. Die Interessen Russlands

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, ist die russische Aussenpolitik im "nahen Ausland" Gegenstand zum Teil heftiger innenpolitischer Diskussionen.<sup>5</sup> Während Kosyrev und El'cin mindestens zum Teil bemüht sind, einen Konsens unter den GUS-Staaten herzustellen und die Integration der ehemaligen Sowjetrepubliken nicht um jeden Preis zu erzwingen, verlangen andere Politiker und Parteien **mehr russisches Engagement und eine engere Zusammenarbeit mit den GUS-Staaten.**

Der Vorsitzende des Komitees für internationale Angelegenheiten, N. Ambartsumov, soll gemäss russischen Pressemeldungen eine Art "**Monroe-Doktrin**" für Russland vorgeschlagen haben. Die G7 sollte die russische Föderation damit betrauen, die politische und militärische Stabilität auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion (inklusive die Baltischen Staaten) zu garantieren. Für eine engere Zusammenarbeit auf allen Gebieten setzt sich auch die einflussreiche Bürger-Union ein. Deren "Politischer Rat" unterstrich im Anschluss an die letzte Sitzung vor einem Monat die Notwendigkeit zusätzlicher Massnahmen, um die Interessen der russischen Minderheiten im nahen Ausland zu sichern. Aehnliche Forderungen stellt der russische Sicherheitsrat. Bereits im Juli soll er eine Empfehlung an El'cin verabschiedet haben, wonach der Aussenminister A. Kozyrev und der im russischen Aussenministerium für die Beziehungen zu den GUS-Staaten verantwortliche Vizeausserminister F. Selov-Kovedaev entlassen werden müssten. Ihre Politik decke sich nicht mit den russischen Interessen.

Am 14. Oktober 1992 gab Selov-Kovedaev seine Demission bekannt und bestätigte damit den auf ihn ausgeübten Druck. Vor Journalisten erklärte er: "... avoir été soumis à de multiples pressions de la part de milieux conservateurs qui ne me pardonnent pas ce qu'ils appellent une "diplomatie féminine".

Es bleibt abzuwarten, wie sich der konservative Druck auf Aussenminister Kozyrev auswirkt. Doch sollte es an dem für den Dezember vorgesehenen Volksdeputiertenkongress tatsächlich zu einem Rücktritt der Regierung kommen, so dürfte sich das auch auf die GUS-Politik Moskaus auswirken. Der Druck, sich mehr um russische Minderheitenprobleme und territoriale Auseinandersetzungen als um unverständliche Wirtschaftsreformen zu kümmern, dürfte dann spürbar werden.

## 2. WIRTSCHAFTLICHE UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN

### 2.1. Wirtschaftliche Talfahrt in allen Staaten der GUS

Die Existenz der GUS vermochte die wirtschaftliche Lage der ihr angehörenden Staaten in keinem Moment günstig zu beeinflussen. In allen Staaten ist ein

---

<sup>5</sup>Vgl. p.B.58.04.3-THU/BMO vom 5.10.1992  
(Akzentverschiebung der russischen Aussenpolitik am Beispiel der Baltischen Staaten)

fortschreitender massiver Rückgang der wirtschaftlichen Produktion festzustellen. Im Gegensatz zu den mitteleuropäischen Ländern Polen, Ungarn und der CSFR, wo sich für 1993 eine Stabilisierung abzeichnet, und Bulgarien, Rumänien sowie Slowenien, deren Wirtschaft im kommenden Jahr voraussichtlich in geringerem Ausmass als 1992 schrumpfen wird, dürfte sich der Produktionsrückgang in den GUS-Staaten im nächsten Jahr nochmals verstärken.

Den GUS-Staaten fehlt ein einigermaßen kohärentes Wirtschaftsreformprogramm, und das Ende des Abwärtstrends ist in keiner Weise abzusehen. Der wirtschaftliche Rückgang ist nicht primär auf die von der Regierung zu Beginn dieses Jahres eingeleiteten Reformen zurückzuführen, war doch bereits seit 1990 ein massiver Produktionsrückgang festzustellen.

## 2.2 Rückschritte bei Russlands Wirtschaftsreform

Russland hat im Vergleich zu den übrigen GUS-Staaten bislang am entschiedensten Wirtschaftsreformen in die Wege geleitet und bei deren Realisierung auch Erfolge aufzuweisen. Seit Anfang 1992 hat es einen grossen Teil der Preise liberalisiert und die weiterhin staatlich festgesetzten Preise massiv erhöht. Die Privatisierung von Kleinunternehmen ist zum grossen Teil bewerkstelligt und für Grossfirmen wurde kürzlich ein Privatisierungsprogramm gestartet. Die Wirtschaft wurde für den internationalen Handel geöffnet und die verschiedenen Rubel-Wechselkurse sind vereinheitlicht. Der Aussenhandel verschlechterte sich entgegen den entsprechenden Erwartungen nicht, sondern weist, ohne den interrepublikanischen Handel, für das erste Halbjahr 1992 einen Ueberschuss von 3 Mrd \$ auf. Die positive Aussenhandelsbilanz ist allerdings nur auf geringere Importe zurückzuführen. Der Privatsektor entwickelt sich stetig, allerdings in einem langsameren Rythmus als z.B. in Polen oder Ungarn. Trotz diesen relativ positiven Resultaten hat sich das Lebensniveau breiter Bevölkerungsschichten spürbar verschlechtert, und dadurch erwächst den Reformen weitere Opposition.

Momentan scheinen die russische Zentralbank und der Oberste Sowjet, welche für wenig weitreichende und langsam durchzuführende Reformen eintreten, in ihrer Auseinandersetzung mit der Regierung über die Art und die Geschwindigkeit der Wirtschaftsreformen definitiv die Oberhand gewonnen zu haben. Die Opposition gegen die Reformpolitik Gajdars hatte sich im Frühling verstärkt, als sich eine aus Direktoren der grossen Industrieunternehmen, Gewerkschaften und Parlamentariern zusammengesetzte Interessensgemeinschaft formiert hatte, die einen wirtschaftlichen Kurswechsel sowie die Ablösung der Regierung Gajdars forderte, und als konservative Vertreter der Industrielobby Eintritt in die Regierung fanden. Die Ersetzung des Vorsitzenden der russischen Zentralbank, Georgi Matjuchin, durch den früheren sowjetischen Apparatschik Geraschtschenko mittels Beschluss des Obersten Sowjets im August dieses Jahres versetzte dem Reformwillen einen weiteren harten Schlag. Matjuchin war zwar ein scharfer Kritiker schneller Preisliberalisierungen gewesen, hatte aber grundsätzlich das Reformprogramm Gajdars mit einer relativ restriktiven Geldpolitik unterstützt. Geraschtschenko hingegen gewährte den staatlichen Unternehmen sofort nach seinem Amtsantritt in grossem Umfang neue Kredite und steigerte die Rubelproduktion auf Rekordhöhe. Er begründet sein

Verhalten mit der Notwendigkeit, die durch die Inflation entstandenen Engpässe bei der Rubelversorgung zu beseitigen.

Anfang Oktober trat die Mannschaft um Gajdar mit dem Einläuten der Voucher-Privatisierung die Flucht nach vorne an. Die Erfolgsaussichten sind indessen alles andere als günstig. Erstens wurde nur eine relativ geringe Anzahl von Betrieben zur Privatisierung ausgeschrieben, und zweitens haben sich die korrupte Nomenklatura sowie mafiaähnliche Organisationen bereits der zu privatisierenden Betriebe bemächtigt. Auch vermag die Privatisierung weder das für die Gesundung notwendige Investitionskapital zu erbringen noch eine effiziente Betriebsführung zu bewirken. Und überhaupt bedeutet Privatisierung noch nicht das Ende der staatlichen milliardensubventionen zugunsten dieser sogenannten privatisierten Unternehmen. Die russische Führung schreckt davor zurück, die riesigen Unternehmen Konkurs gehen zu lassen und damit ein Riesenheer von Arbeitslosen zu schaffen.

### 2.3. Situation in den nicht-russischen Republiken

Für den Erfolg der Reformanstrengungen sind in der gesamten GUS die Vorgänge in Russland von entscheidender Bedeutung. Bezüglich der Reformen wie auch der Stabilisierungsbemühungen sind die nicht-russischen Republiken weniger weit als Russland. Die Ukraine hat bislang auf beiden Ebenen keine Fortschritte erzielt. Usbekistan, Kasachstan und Turkmenistan haben trotz einiger Liberalisierungsschritte, namentlich bei der Preisfixierung, ein hohes Mass an staatlicher Kontrolle und Regulierung der Wirtschaft beibehalten. Weissrussland folgt mit einiger Verzögerung Russland. Kirgisien schlägt bei seinen Reformen eine unabhängige Richtung ein, ohne bis jetzt den Reformstand Russlands zu erreichen, und engagiert sich stark für Investitionen aus dem Ausland. In den übrigen GUS-Staaten behindern interne als auch externe bewaffnete Konflikte wirtschaftliche Reformen und verursachen Versorgungsengpässe und -zusammenbrüche. In diesen Fällen tritt überdeutlich zu Tage, was Geltung für sämtliche Staaten hat, nämlich dass stabile politische Verhältnisse wichtig sind für die Durchführung von radikalen Wirtschaftsreformen.

Das Ziel der Baltischen Staaten besteht darin, sich auf allen Gebieten von den GUS-Staaten, namentlich Russland, abzukoppeln und die eigene Souveränität zu untermauern. Estland hat bereits eine eigene "konvertible", an die DM gekoppelte Währung, den Kroon eingeführt, während Lettland im Sommer im Rahmen einer Miniwährungsreform den lettischen Rubel aus der Taufe gehoben hat. Die Einführung des litauischen Litas dürfte nicht mehr lange auf sich warten lassen.

### 2.4. Makroökonomische Ungleichgewichte

Die von der russischen Wirtschaftspolitik noch zu Beginn dieses Jahres angestrebten, auf Stabilität ausgerichteten makroökonomischen Ziele sind heute ausser Reichweite. Nachdem sich die Inflation während des Sommers etwas stabilisiert hatte, beschleunigte sie sich im September mit einer wöchentlichen Rate von rund 4,5 %. Die schätzungsweise 500 Mrd Rubel, die den Unternehmen im Sommer zur Bereinigung ihrer gegenseitigen Schulden als Kredit gewährt wurden, haben die Inflation stark angeheizt. Einen weiteren Inflationsfaktor stellen die Unstimmigkeiten



zwischen Russland und den übrigen, in der Rubelzone verbliebenen Republiken über die Kreditpolitik und die Geldschöpfung dar. Der Geldüberhang und die negativen Markterwartungen haben in den letzten drei Monaten zu einer Abwertung des Rubels um 56 % geführt. Das massive Budgetdefizit, welches in der ersten Hälfte des laufenden Jahres rund 7.5 % des BSP ausmachte, nachdem sich die Position in den vier ersten Monaten fast ausgeglichen präsentiert hatte, ist ein zusätzlicher Faktor bei der Inflationssteigerung. Da die Regierung nicht in der Lage ist, kurzfristig einschneidende Ausgabenkürzungen vorzunehmen oder das Volumen der Steuereinnahmen zu erhöhen, wird sie das zu Beginn dieses Jahres gesetzte Ziel (Budgetdefizit von 5 % des BSP für das laufende Jahr) nicht erreichen. Das Resultat könnte für 1992 ähnlich wie für das letzte Jahr ausfallen, nämlich ein Budgetdefizit von rund 20 % des BSP. Damit werden die Vorgaben des Internationalen Währungsfonds bei weitem verfehlt, was eine finanzielle Unterstützung Russlands auf bilateraler wie multilateraler Ebene völlig unwahrscheinlich macht.

## **2.5. Auseinanderbrechen der Rubelzone**

Russland widersetzt sich der Forderung der übrigen Staaten der Rubelzone, die Verantwortung für das monetäre System aufzuteilen, und hält strikte an seiner uneingeschränkten Kontrolle über die Geldpolitik für die gesamte Zone fest. Die Situation hat sich auch am jüngsten GUS-Gipfel in Bischkek nicht geändert. Zwar einigten sich die Länder grundsätzlich auf eine Koordinierung ihrer Geldpolitik und die Errichtung einer gemeinsamen Zentralbank, konkrete Schritte wurden aber nicht in die Wege geleitet. Moskau sieht sich vor dem Dilemma, gleichzeitig eine eigenständige Rubel-Geldpolitik führen zu wollen und die eigenständige Kreditpolitik der übrigen Länder nicht kontrollieren zu können.

Verschiedene Republiken bereiten die Emission einer eigenen Währung vor oder, wie im Fall der Ukraine, geben Währungssubstitute in Form von Coupons heraus. Wegen der ausgeprägten Monopolwirtschaft auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion sowie der starken wirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland bedeutet indessen die Einführung einer eigenen Währung nur einen kleinen Schritt in Richtung unabhängige Wirtschaftspolitik und Unabhängigkeit von der Geldpolitik Moskaus. Der Rückgang des Intra-GUS-Handels ist schwierig einzuschätzen und nur zum Teil mit der Aufsplitterung der Rubelzone zu erklären. Die Tatsache, dass die in bilateralen Handelsabkommen vereinbarten Güterlieferungen vielfach nicht erbracht werden und die fehlenden konvertiblen Währungen sind schuld am stagnierenden oder rückläufigen Handel.

Walter Thurnherr

Thomas Kolly

Kopien:

- Bundesrat Felber
- Staatssekretär Kellenberger
- Politische Abteilung I
- Politische Abteilung I, ER-Dienst
- Politische Abteilung I, Büro für Zusammenarbeit mit Osteuropa
- Politische Abteilung III
- Finanz- und Wirtschaftsdienst
- Direktion für Völkerrecht
- **Direktion für internationale Organisationen**
- DEH, Botschafter F. Staehelin
- DEH, Abteilung Humanitäre Hilfe und SKH
- Presse und Information

## EVD

- BAWI - Staatssekretär F. Blankart
- BAWI - Botschafter S. Arioli
- BAWI - Botschafter N. Imboden
- BAWI - Minister R. Ramsauer
- BAWI - Länderdienst Mittel- /Osteuropa
- BAWI - Dienst Wirtschaftshilfe Mittel-/Osteuropa

## Schweiz. Botschaften

- |            |              |
|------------|--------------|
| - Ankara   | - Oslo       |
| - Beijing  | - Paris      |
| - Bonn     | - Prag       |
| - Brüssel  | - Riga       |
| - Helsinki | - Rom        |
| - Kiev     | - Stockholm  |
| - London   | - Tokio      |
| - Moskau   | - Washington |

- Mission Brüssel
- Mission Genf
- Mission New York
- Mission Paris
- Mission Wien

SIN, DY, WOK, KJ, KD, PR, BUU, THU